

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der wöchl. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kunst für die Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Eringerlohn monatlich 50 Pf. durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unzerbrochen für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint wöchl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Expeditions: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertate werden die gefaltete Zeile mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis höchstens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 43.

Dresden, Mittwoch den 21. Februar 1912.

23. Jahrg.

Vorpostengefächte.

Die sechs tägige Staatsdebatte des neuen Reichstags war nicht an bedeutenden Auseinandersetzungen zwischen den Parteien. Die Sozialdemokratie hat sicher und fest die Kampfesstellung eingenommen, die ihr der große Wahlsieg wieh. Sie ist ohne Siegesjubel festlich an die neue Arbeit gegangen, sie forderte die Parteien auf, den Willen der Volksherrschaft, wie er sich bei den Wahlen gezeigt hat, zu achten und eine vorwärts gerichtete Politik auf allen Gebieten einzuleiten. Unsere Fraktionsredner haben zugleich die Angriffe der Gegner, insbesondere die des Reichstanzlers, mit List und Geschick zurückgewiesen. Noch am letzten Tage der Staatsdebatte hat Genosse Dr. Dabild mit überlegenen Ausführungen gegen die Weiskopf und Putsch, diese parteihässlichen Charaktere, ebenso aber auch gegen die „solonischen“ Aufwandsberichte eines Grafen Poldowski gekämpft. Er hat die Stellung unserer Partei zum Vaterland, zur Monarchie, zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel gegen alle teils rüden, teils böswilligen Anschuldigungen erneut klargestellt. Die Sozialdemokratie hatte in dieser Debatte nicht nur das rechte Wort, sondern auch das beste Wort.

Jedoch, diese ganze allgemeine Charakterisierung hat nur die Bedeutung eines Vorpostengefächtes. Es war die erstmalige Auseinandersetzung der Streitkräfte auf neuem Schlachtfeld. Es war ein Auskundschaften der Stellungen, ein Ausprobieren, wo der Gegner seine Stärken und wo er die schwächeren Schwächen aufgeworfen hat. Erst die weitere Zeit wird die Entfaltung der Schlachtreihen, wird die volle Klärung der Streitpunkte, wird entscheidende Kämpfe bringen.

Vordruck bleibt der Eindruck von der Unsicherheit der politischen Lage, den schon die Mandatsverteilung in den Wahlen hervorrief, bestehen. Auch der Reichstanzler Weismann-Hollweg sprach besorgt von dieser Unsicherheit. Auch die Reichsregierung weiß noch nicht, wie die Dinge sich gestalten sollen. Sie selbst gedenkt, unbetri durch den Reichstag vom 12. Januar, ihre alte Mandatspolitik fortzuführen, aber sie ist zweifelhaft, ob sie dafür im Reichstag die notwendige Majorität erhält. Ebenso sollen die Parteien des Reichstags ihre frühere Politik verfolgen. Die Konservativen halten an allen ihren Grundsätzen fest, an ihren Lebensgaben und ihren Vorzügen, sie ziehen aus dem Wahlergebnis nur den Schluss, daß die Regierung schneller gegen die rote Gefahr vorgehen müsse. Das Zentrum hält am Bund mit den Konservativen fest, ohne seine demagogischen Ansprüche in der Sozialpolitik aufzugeben. In voller Verwirrung und innerer Zerrüttung befinden sich die Nationalliberalen. Sie lazierten schlägig zwischen Rechts und Links. Sie wissen nicht, wie sie es anfangen sollen, um zwischen den Forderungen der Regierung und den Anforderungen ihrer Anhänger im Lande mit heilen Gliedern hindurchzukommen. Auch das Reichstagsmitglied hat nur den einen Sinn, daß die Männer vom rechten Flügel der Nationalliberalen ihren etwas mehr nach links neigenden Fraktionskollegen einen Vorwand zum Anschluß nach rechts aufzubringen wollten. Daraus kam die Erörterung über hösische Besuche und Kaiserreise überhaupt recht überflüssig, so erst recht die vom nationalliberalen Abgeordneten Schiffer mit dem herbeigeführte Debatte, ob unser Genosse Weiskopf im Verlauf der Vorverhandlungen über die Präsidentenwahl etwa eine Neuerung gemacht habe, die vielleicht falsch verstanden werden könnte. Draußen im Lande wird es leicht verstanden werden, daß die dringliche Begeisterung für monarchische Veränderungen nur eine künstliche Maske ist zur Maskierung der selbstherrlichen Absichten und im besonderen nationalliberaler Selbstverleugungen.

Es ist gelungen wird, die von Weismann-Hollweg geleitete Reichstagsopposition der bürgerlichen Parteien in diesem Umfang zustande zu bringen, das ist vorläufig in keiner Weise abzusehen. So stark auch die Neigungen bei den Nationalliberalen sind, sich wieder an den Hals der Konservativen, an den auch das Zentrum hängt, zu werfen, so haben doch harte Tatsachen dazwischen. Vor allem besteht sich wieder die verhängnisvolle Steuerfrage. Das Zentrum ist bemüht, um den Preis der erneuten und vermehrten Finanzvermehrung neue Steuern zur Deckung der geplanten Heeres- und Flottenvorlagen zu vermeiden, aber der Reichstagspräsident häutet sich dagegen auf und schreibt an die Finanzverwaltung in flammendsten das dräuende Wort: „Erdbebensteuer! Vermutlich wird um diese alte, ewig neue Frage die erste große Entscheidungsschlacht im neuen Reichstage geschlagen werden!

Über die Reichstagsverhandlungen vom Dienstag geht uns folgendes Stimmungsbild zu: Zu Beginn des sechsten Tages drohte die erste Staatsdebatte sich in Detailström zu verzetten. Die sehr berechtigten Forderungen des Polen Senyba über die Kandidatenwahlvorgänge im Wahlkreis Schenay riefen zwar nicht den nächstbeteiligten, den vorläufigen Mandatsinhaber von Galem, wohl aber seinen Parteifreund, den Reichsparteiler Schulz auf den Plan, der sich jetzt bereits frampfhaft bemühte, das 15. Mandat, das der Partei erst Fraktionsstärke gibt, zu retten. Die Sorgen sind begründet, da ja Herr von Liebert bedenklich wackelt, aber

diese Fraktionschwächen haben mit der Staatsberatung wirklich nichts zu tun.

Zu großen Gesichtspunkten führte die Debatte erst wieder Genosse Dabild zurück, der die wichtigsten Probleme unserer inneren und äußeren Politik Revue passieren ließ. Als nächste Aufgabe bezeichnete unser Fraktionsredner die durchgreifende Demokratisierung Deutschlands. Das Haupthindernis der freiheitlichen Entwicklung sind die deutschen Feudalhäuser, die Junker Osteliens. Eingehend wies unser Redner nach, wie der Sammelruf des Reichstanzlers, der in der Tat eine Kriegserklärung gegen den in den Wahlen so deutlich zum Ausdruck gekommenen Willen des deutschen Volkes ist, vollkommen aussichtslos bleiben muß, wenn die Liberalen nicht die völlige Zertrümmerung ihrer Grundzüge und Parteien selber besorgen wollen. An der Begründung des Wandlungsprogramms sind die Liberalen in erster Linie interessiert. Wir gehen mit ihnen zusammen, um die Bahn frei zu machen für die weitere Umgestaltung der ökonomischen Verhältnisse. Mit dem Hinweis auf die weltwirtschaftliche Mission des Sozialismus schloß der Redner seine Ausführungen, die starken Beifall auf unseren Bänken fanden.

Eine sehr ausgedehnte und in ihrer politischen Wirkung der Rechten sehr genehme Auseinandersetzung über die Präsidentenwahl bildete den Schluß der Staatsberatung. Von unserer Seite waren daran beteiligt die Genossen Weiskopf und Haase, von nationalliberaler Seite Herr Schiffer als Vertreter des rechten, Herr Dr. Junk als Vertreter des linken Flügels, außerdem Herr Groeber vom Zentrum und der Fortschrittler Dr. Müller-Meinigen. Den Streitpunkt bildeten die Verpflichtungen oder vielmehr die angeblichen Verpflichtungen, die der sozialdemokratische Vizepräsident unter Fraktionsgarantie übernommen haben soll. Natürlich handelte es sich nicht um die staatsrechtlichen Verpflichtungen, denen kein Sozialdemokrat sich zu entziehen gedenkt, vielmehr um die hösischen, die Herr Groeber, einstmals Zentrumsdemokrat, als ungeschriebenes Recht anspricht — ungeschrieben in der Tat, aber „Recht“ nur dann, wenn man zwei so grundverschiedene Begriffe, wie Brauch und Recht, gleichsetzt. Es ist ein alter Erfahrungssatz, daß im Laufe von Unterhaltungen und Verhandlungen unerbittliche Worte fallen, die auch gegen den Willen zur Verdrängung von der Gegenseite so ausgelegt werden, wie es ihr am besten in den Kram paßt. Wenn nun vollends die Gegenseite, d. h. hier die Nationalliberalen, in einen rechten und einen linken Flügel zerfällt, wenn Herr Schiffer, den es nach rechts zieht, im Laufe der Unterhandlung die ursprünglichen Unterhändler ablöst, dann kann es nicht anders kommen, als es gekommen ist, nämlich zu Mißverständnissen, die aber bei Nichte beisehen, den Nationalliberalen gar nicht mißlieblich sind, weil sie ihnen den Vorwand liefern, durch das laubdünne Joch zu kriechen, das die ihre Partei beherrschenden Industrie-konservativen aufgerichtet haben. Vom Kaiserhof und von Hofgängerrei redet man, aber diese Redereien sind nur der ideologische oder vielmehr psychologische Vorwand, hinter dem sich der Sieg Schiffers über Wassermann, des Besizes über die Bildung vollzieht.

Der Rettungsanker

gl. Das Junkertum und seine Handlanger in den Reichstägern sind in arge Schwelligkeiten geraten. Die rote Flut ist unheimlich gestiegen und das Schiff der Reaktion schaukelt auf dem erregten Wogen. Was tun, um seine Passagiere vor dem Untergang zu retten? Da sind die Geängstigten in rührender Lieberinstimmung auf den Plan verfallen, Schuß beim Mittelstand zu suchen. Die „Mittelstandspolitik“ ist der letzte Rettungsanker der Reaktion.

Im Reichstag haben sich nacheinander der Reichstanzler, Graf Weiskopf und Hans Eder zu Putsch an dieser Aktion beteiligt. Gifrig unterstellt wurden sie dabei von den übrigen Rednern des schwarzblauen Blocks. So viel Freundschaftsbegrüßungen wie diesmal sind dem Mittelstand noch nie zuteil geworden. Alle die alten künstlichen Mittel, die dem Handwerk einen goldenen Boden verschaffen sollen, wurden ihm wieder angepöbeln. Dem Bauern verheißt man ein von wirtschaftlichen Sorgen ungetrübt Dasein, wenn nur die bewährte „Wirtschaftspolitik“ aufrecht erhalten bleibt. Hans Eder Herr zu Putsch ging in seiner liebevollen Fürsorge für den Mittelstand sogar so weit, zu beteuern, daß die ostelbischen Agrarier nur deshalb die Erntehilfsbeschlüsse in ihre unergieblichen Lohsen stecken, weil die kleinen süddeutschen Steuerer doch auch einen Vorteil davon haben. Wer möchte nun noch an der unheimlichen und opfermutigen Nächstenliebe der preussischen Junker zweifeln!

Natürlich sucht man auch wieder den Mittelstand granlich zu machen mit dem alten Märchen, daß die Sozialdemokratie planmäßig auf seine Vernichtung hinarbeite. Es war Graf Weiskopf, der diese wohl Dunderke von Ralen widerlegte Wahlsprüche in den Reichstag hineintrug mit den Worten:

In allen diesen Fragen bewegt uns ja wiederum der scharfe Gegensatz zu der 4 1/2 Millionenpartei, die will, daß diese millionen und kleinen Erbsenen vernichtet werden, daß sie erst belgische Proletarier werden, damit sie für die wackerbegleitende Politik der Sozialdemokratie reif werden.

Das ist die alte abgedroschene Behauptung, durch die die bekannlichten Kämpfer der Wirtschaftsgeschichte künstlich auf den Kopf gestellt werden. Unschlüssig erging sich aus den belgischen Proletariern das Klagenlampflicht des Proletariats. Aus anderen

Schichten der Bevölkerung, auch aus dem hart um seine Existenz ringenden Mittelstand, strömen der Sozialdemokratie vorläufig nur vereinzelte Mitglieder zu, bei denen die Erkenntnis von den Forderungen des Gemeinwohls einzelne sie in das andere Lager treibende Klasseninteressen überwindet.

Aber wenn nun selbst die Sozialdemokraten sich mit der Absicht trügen, den Mittelstand zu vernichten, um die Landarbeiter und Bauern in das Proletariat hineinzutreiben — sie könnten eine solche Absicht ja gar nicht verwirklichen. Die Sozialdemokratie müßte vielmehr durch ihr Eintreten für proletarische Interessen gleichzeitig auch dem Mittelstand. Alle Bestrebungen unserer Partei, die Militär- und Steuerlasten des Volkes zu verringern, kommen den Angehörigen des Mittelstandes kaum minder zugute wie den Proletariern, und um so mehr, je weniger in ihrer Lebenslage die minder wohlhabenden Schichten des Mittelstandes sich von der der Proletarier unterscheiden. Diejenige Partei aber, deren Wortführer die Weiskopf und Putsch sind, arbeitet gerade darauf hin, die Militärlasten und die Steuern zu steigern. In den Reihen der konservativen Partei und ihrer Bundesgenossen sitzen also die politischen Gegner des Mittelstandes.

Diese Parteien sind es aber auch, deren Angehörigen im wirtschaftlichen Leben die Funktion der Mittelstandszerstörung ausüben, die der Sozialdemokratie von den Wortführern der herrschenden Klasse angeheißelt wird. Die kapitalistische Wirtschaftsentwicklung drängt mit steigender Schärfe immer größere Massen von Menschen aus den Schichten der Unternehmer in die der Angestellten und Arbeiter hinüber. Das ergibt sich deutlich aus den Zahlen der drei großen Gewerbezählungen der Jahre 1882, 1896 und 1907. Danach waren tätig:

	Selbständige	Angestellte u. Arbeiter
1882	82 Proz.	18 Proz.
1896	58,8 „	41,2 „
1907	22,3 „	77,7 „

Während also 1882 die Angestellten und Arbeiter erst etwa doppelt so zahlreich waren wie die Unternehmer, war ihre Zahl 25 Jahre später auf das 3 1/2fache der Selbständigen angewachsen. Ganz abgesehen davon, daß die Selbständigkeit vieler „Selbständiger“ oft nur eine Fiktion ist. Dieser Prozeß der Vergrößerung und Konzentrierung der Betriebe und der damit Hand in Hand gehenden Proletarisierung des Mittelstandes entfaltet natürlich nicht ohne gewisse Aktion irgendwelcher politischen Parteien, sondern ist das notwendige Ergebnis der in der kapitalistischen Wirtschaftsweise betriebenen Kräfte. Wohl aber sind die Mittelständler, in deren beizugten Aktionen die treibenden Kräfte der kapitalistischen Entwicklung in Erscheinung treten, als Kapitalisten und Unternehmer aller Art auch Angehörige der politischen Interessengruppen der kapitalistischen Schichten, also der bürgerlichen Parteien, insbesondere derjenigen Parteien, in denen das Großkapital seinen größten Einfluß hat. Ausgesprochene Verbeugungen der Mittelstandsvernichtung sind also die konservativen Parteien als Vertreterin der großgrundbesitzlichen und nationalliberalen Parteien als Vertreterin der Großindustriellen-Interessen, während bei dem Zentrum und den Freikonservativen sich beide Betriebsweise ein Stellbildnis geben.

Und nun vorgegenwärtige man sich: Es sind die politischen Vertreter dieser bauernlegenden Großgrundbesitzer und der Jahre für Jahre zahlreiche Handwerker, keine Fabrikanten und Kaufleute durch ihre übermäßige Konkurrenz in den wirtschaftlichen Untergang hinein treibenden Großindustriellen, die die Sozialdemokratie jetzt im Reichstag der Mittelstandsfeindlichkeit beschuldigen. Man mühte den Vorwurf der Heuchelei gegen sie erheben, wenn man nicht als milderbenden Umstand ihre offenkundige Unwissenheit in sozialen Fragen gelten lassen möchte.

Kann stellt ja allerdings die Sozialdemokratie auf Grund nützlicher wissenschaftlicher Forschungen fest, daß der Kapitalismus mit stetig wachsendem Erfolg an der Vernichtung des Mittelstandes arbeitet. Diese wissenschaftlichen Feststellungen sind es aber gerade, die unseren Gegnern als Handhabe zu ihren absurden Angriffen dienen. Sie schlussfolgern: Weil die Sozialdemokratie den Zertrümmerungsprozeß des Mittelstandes erklärt, deshalb ist sie dessen Urheberin.

Das kommt hinaus auf das Vollerurteil in den Anfangszeiten unserer Kultur. Als zuerst es Forschern gelang, das Eintreten von Sonnenfinsternissen vorauszusagen, haben auch unwissende und brutale Gesellen geschrien: Diese Verbrecher haben die Sonnenfinsternisse gemacht; das sind böse Zauberer, verbrannt sie auf dem Scheiterhaufen! Genau so handeln die Weiskopf und Konsorten gegenüber der Sozialdemokratie, wenn sie uns der Mittelstandsvernichtung beschuldigen. Sie werden auf die Dauer damit allerdings ebenso wenig Erfolg haben, wie ihre kulturlosen Vorgänger gegenüber den Astronomen, die die Sonnenfinsternisse vorhergesagt. Auch der letzte Rettungsanker der Reaktion besteht aus dürrichtigem Eisen.

Deutsches Reich.

Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel.
Herr Paasche hat in seiner Rede vom 19. Februar das lustige Anekdöthen zum besten gegeben von einer „sozialdemokratischen Vokalgröße“, die im Wahlkampf behauptet haben soll, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel werde von der Sozialdemokratie gar nicht gewollt; das sei eine freimüthige Agitationslüge. Leider hat Herr Paasche, wie es nun einmal üblich ist, unterlassen zu sagen, wo er diese sozialdemokratische Vokalgröße ist und wo sich die Weisköpfe ereignet haben soll. Wenn an der Sache überhaupt etwas Wahres ist, so liegt die Vermutung nahe, daß es nicht die Vergesellschaftung der Pro-